

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

1.12.1887 (No. 284)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 1. Dezember.

№ 284.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 30. November.

Für die am Freitag in Versailles stattfindende Präsidentschaftswahl gelten Freycinet und Ferry als die begünstigtesten Bewerber. An der Kandidatur Floquets nehmen viele Radikale Anstoß, da sie von einer eventuellen Wahl dieses Politikers eine ungünstige Rückwirkung auf die französisch-russischen Beziehungen befürchten, die in den Zukunftsberechnungen vieler französischer Politiker bekanntlich eine besonders wichtige Rolle spielen. Die äußerste Linke stimmte in einer vorgestern Abend abgehaltenen Versammlung über die Kandidaturen Freycinets und Floquets ab, wobei Ersterer die Stimmenmehrheit erhielt. Freycinets Wahl zum Präsidenten wird von Vielen für wahrscheinlich gehalten, doch bleibt diese Ansicht keineswegs unangefochten. Was Jules Ferry betrifft, den Kandidaten der gemäßigten Republikaner, so würde er wohl die meisten Ansichten auf die Nachfolge des Herrn Grevy haben, wenn die republikanischen Senatoren und Abgeordneten sämtlich den Muth ihrer Meinung hätten und sich durch die Drohungen der Radikalen nicht einschüchtern ließen. Die Radikalen und Intransigenten toben jedoch gegen Ferry; alle die Angriffe, denen in den letzten Wochen Grevy ausgesetzt war, richten sich jetzt gegen Ferry und der große Patriot Droulede hat den Schwur geleistet, daß der Prussien Ferry nur über seine und seiner Freunde Leiden in's Ellysée einzeln werde. Auch die „Lanterne“ sucht die gemäßigten Republikaner mit der Aussicht auf einen Bürgerkrieg einzuschüchtern. Sie ruft aus: „Ferry, wenn er gewählt werden sollte, ist der Bürgerkrieg, ist die Isolirung Frankreichs, das seine Bündnisse verlieren (welche hat es?) und von Deutschland abhängen wird; seine Wahl wäre die Verschärfung Frankreichs an die Orléanisten und den Fürsten Bismarck (eine sehr hübsche Zusammenstellung, Fürst Bismarck und die Orléanisten!).“ Andere radikale Blätter suchen Ferry in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, indem sie seinen Bruder Charles verdächtigen, seinen rasch erworbenen Reichtum unlaunteren Manipulationen als Generalgouverneur von Tunisien zu verdanken. Charles Ferry ist vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuss geladen worden, um über die tunisische Schuld und andere Sachen, in die sein Name verwickelt ist, Auskunft zu erteilen. Angesichts der in den republikanischen Kreisen herrschenden Verwirrung haben gestern mehrere radikale Abgeordnete, die den Eintritt gegen Herrn Grevy nicht mitgemacht hatten, noch einen Versuch unternommen, um den Präsidenten zum Bleiben zu bewegen; aber der Versuch kam zu spät. Goblet, welcher unter der Hand befragt wurde, ob er geneigt sei, die Neubildung des Ministeriums zu übernehmen, lehnte ab. Infolge dessen dürfte, wie ein Telegramm aus Paris uns meldet, „kein weiterer Versuch gemacht werden, die Präsidentschaftsfrage zu vermeiden.“ Also wird der Präsidentenwechsel seinen Lauf nehmen.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 29. November.

Bei der Beratung des Etats leitete heute der Staatssekretär des Reichsfinanzamts, Dr. Jacoby, die Debatte ein. Das Jahr 1886/87 schloß mit einem Fehlbetrag von 22 Millionen ab, dem ein Minderertrag aus der Rübensteuer fast im gleichen Betrage zur Seite stand. Die Getreidezölle ergaben 24 Millionen weniger und auch die Branntweinsteuer blieb hinter den Schätzungen zurück. Bezüglich des laufenden und kommenden Jahres ließen man Zahlen gegenüber, welche im vorigen Jahre nicht erhofft wurden, trotz erheblicher Mehrausgaben namentlich im Militäretat. Was die beiden neuen Steuern betreffe, so sei bei beiden die Berechnung zum Maßstab genommen, welche in den Motiven ausgedrückt war. Die Zuckersteuer stehe zum größten Theile noch unter der Herrschaft des alten Gesetzes, was bei deren Berechnung zu berücksichtigen sei. Bei der Veranschlagung sei ein Inlandskonsum von 3,600,000 Doppelcentner zu Grunde gelegt. Daraufhin sei ein Reinertrag von 27,434,000 M. Materialsteuer und von 6,630,000 M. Verbrauchsabgaben für 1887/88 herausgerechnet, was freilich hinter dem Voranschlage zurückbleibe. Aber es handle sich ja dabei nur um ein Durchgangsjahr; für die Folge werde die Verbrauchssteuer sich wesentlich steigern, die Materialsteuer fallen. Bei der Branntweinsteuer falle die Uebergangsabgabe weg. Im nächsten Jahre trete man in regelmäßige Verhältnisse ein, während jetzt auch bei der Branntweinsteuer Uebergangsverhältnisse herrschen. Hierzu zähle die Nachsteuer, die Beschaffung der Mesapparate etc., welches letztere das laufende Jahr befinde. Soweit es sich um ungefähre Schätzung handle, lasse sich für 1888/89 ein Ertrag an Weinsteuern von 22,330,000 M., an Verbrauchsabgaben von 108,030,000 M. und an Nachsteuererträgen von 8 Millionen erwarten. Auf die einzelnen Etats des laufenden Jahres übergehend, legte Redner dar, daß einige derselben theils Mehrausgaben, theils Mindereinnahmen aufweisen, welchen Ersparnisse bei anderen Etats gegenüberstehen. Mehreinnahmen weisen die Salzsteuer, Brausteuer, Reichsbank etc. auf. Die Mehrausgaben und Mindereinnahmen ergeben einen Fehlbetrag von 22 Millionen, also fast die gleiche Summe, wie im vorigen Jahre. Dagegen werden die Ueberweisungen an die Bundesstaaten einen Mehrertrag über den Voranschlag von 24

Millionen ergeben. Im kommenden Etatsjahre ergeben sich Veränderungen gegen das laufende, die theilweise schon erwähnt sind, theils vom Redner als minder bedeutend jetzt nachgeholt werden, es gehören dazu die Kosten für die Vertretung des Reichs bei der Ausstellung in Melbourne u. A. Die Heeresverwaltung ergibt Minderausgaben bei der Naturalverpflegung des Heeres im Betrage von 3,489,000 M. Detaillirt vorbereitete sich Redner über die bereits bekannten Zahlen des kommenden Etats und betonte, die Gesamtausgaben stellen sich um 91 Millionen besser als die des laufenden Jahres, was im Wesentlichen auf Zucker- und Branntweinsteuer zurückzuführen sei. Die bessere finanzielle Gestaltung habe die Bundesregierung aber nicht von dem bisher befolgten Prinzip der Sparsamkeit abwendig gemacht. Noch seien die Voranschläge aus den neuen Steuern nicht sicher festzustellen; das werde sich aber mit Abschluß des laufenden Jahres ändern und die Periode der Ausfälle könne als beendet angenommen werden. Den Etat selbst empfahl er der wohlwollenden Aufnahme des Reichstags.

Abg. Ricker erklärt, das Irrationale in unserem Finanzverfahren sei, daß wir nicht die Verwendung der zu erwartenden Ueberschüsse voraussehen können. Bei jeder Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs müsse von direkten Steuern etwas erlassen werden. Das hier Gesagte sei nicht so erfreulich, wie die Eröffnungsrede. Man sagt, der Etat sei wiederum unter Behauptung strenger Sparsamkeit aufgestellt worden. Nein! Die Zeiten sind längst vorüber, wo man sich nach der Decke zu strecken wußte. Die Einnahmen geben, wie man sagt, ein erfreuliches Bild von gewerblichem Aufschwung. Aber Tabak-, Brau- und Salzsteuer muß mit der Bevölkerung sich erhöhen, das ist unvermeidlich. Alles das sind keine Momente für eine erfreuliche Finanzlage! Er fürchte, die Getreidezollvorlage werde nach dem Wunsch der Agrarier durchgehen, es müsse noch immer schlechter werden, die Pessimisten im Lande haben darin Recht: erst dann bekommen wir Ruhe (Heiterkeit). Das Volk lasse sich nicht länger über die Wirkungen einer solchen Politik täuschen.

Abg. Frhr. v. Maltzahn-Gült sagt, die Getreidezollvorlage sei von einer außerordentlichen Bedeutung, so daß sie einer selbständigen und eingehenden Diskussion bedürftig sei; der Redner beschränkt sich daher auf einige kurze Bemerkungen. Wenn wir auch von der Branntweinsteuer die erwarteten Erfolge haben werden, so glaube ich nicht, daß sie von der Zuckersteuer, und wir werden dementsprechend die eingestellten Beträge reduzieren müssen. Was den Militäretat betrifft, so müssen wir berücksichtigen, daß es nicht auf Deutschland allein ankommt, ob wir Frieden haben wollen, und ich glaube allerdings, daß uns die Kriegsgefahr im vorigen Winter näher war, als man auf der Linken glaubte.

Abg. v. Bennigsen erwidert Herrn Ricker, daß er persönlich ein Gegner der Korzollvorlage sei. Er klagt über die wenig überflüssige Zusammenstellung des Etats. Es wird auch diesmal möglich sein, Abstrichungen zu machen, — ich will hier keine speziellen Punkte anführen, aber für manche Forderungen bezweifle ich schon jetzt die Nothwendigkeit, ich werde namentlich in den Extraordinarien Abstriche bei Bauplätzen und Bauten beifürworten. Ich möchte aber dem von dem vordem gehörten Redner angeführten Gedanken in meinem Herzen nicht Raum geben, daß dieser Etat dazu dienen werde, den Pessimismus im Lande zu fördern und Unzufriedenheit zu erregen. Diese Anschauungen im Volke stelle ich, wenn ich dabei von Herrn Ricker absehe, entschieden in Abrede. Die Liebe und die Treue zu Kaiser und Reich und die Anerkennung des großen Wertes dieser Institutionen sind kaum jemals so groß und so sicher begründet gewesen, wie jetzt, wo wir großen Gefahren vielleicht nothdürftig entgangen sind und einer noch größeren vielleicht entgegengehen, wo wir fest entschlossen sind, diese Sicherheit des Vaterlandes, wenn es sein muß, gegen die ganze Welt zu verteidigen, und wo es nothwendig ist, daß das Kapital von Treue, Zuverlässigkeit und fester Entschlossenheit im Volke erstarkt werde, und wo wir dafür sorgen wollen, daß uns nichts diese Zuversicht verkrümme! (Lebhafter Beifall).

Die weitere Etatberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

* Berlin, 29. Nov. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Mittag militärische Meldungen entgegen und machte 2 1/2 Uhr eine Spazierfahrt. Nachmittags empfing der Kaiser den Botschafter Prinzen Reuß.

Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Abend aus Koblenz hier eingetroffen.

Nachrichten aus San Remo zufolge unternahm Seine Kaiserliche Hoheit der Deutsche Kronprinz heute einen Ausflug nach Spedaletto. (Ueber die lokalen Verhältnisse orientirt der in der Beilage abgedruckte Artikel aus San Remo.) Schlaf und Appetit sind beim Kronprinzen nach hierher gelangten Meldungen fortwährend gleich gut. Die freie Luft bekommt Höchstbemwählten vorzuziehen. Die Schwellung der Unterkieferdrüsen, welche sich kurz vor dem Auftreten des Odems gebildet hatte, hat sich bedeutend vermindert. Da Drüsenanschwellungen bei Krebs als ungünstige Symptome angesehen werden, betrachten die Aerzte jetzt deren Verschwinden als ein günstiges Symptom.

Seine Königl. Hoheit Prinz Ludwig von Bayern wird am Donnerstag früh hier eintreffen. Die „Köln. Zeitung“ bemerkt im Anschlusse an diese Mittheilung:

Der bevorstehende Besuch des Prinzen Ludwig, ältesten Sohnes des Prinz-Regenten von Bayern, am hiesigen Hoflager ist ein neuer Beweis von dem freundschaftlichen Einvernehmen, welches die Häuser Hohenzollern und Wittelsbach verbindet und auch in der herzlichen Theilnahme der bairischen Königsfamilie an der Ertränkung des Kronprinzen zum Ausdruck gekommen ist. Ueber

die Aufnahme, welche Prinz Ludwig von Bayern auf der deutschen Flotte gefunden hat, ist, wie wir vernehmen, der hohe Herr noch immer des Lobes voll. Wenn dagegen an das Verweilen auf der Flotte seiner Zeit die Vermuthung geknüpft wurde, daß ein Sohn des Prinzen Ludwig sich der Marine zuwenden gedenke, so trifft das jedenfalls bezüglich des ältesten Sohnes und künftigen Thronerben Prinz Ruprecht insofern nicht zu, als dieser mit Leib und Seele Soldat ist und zur Zeit im Leib-Infanterieregiment mit größtem Eifer seinen Dienst thut. Auch in anderer Beziehung berechtigt dieser Sproß des Wittelsbacher Hauses zu den schönsten Erwartungen, und wenn demal ein die Geschichte Bayerns seiner Leitung anvertraut sein werden, wird er, was die Beziehungen zur deutschen Kaiserfamilie anbelangt, zweifelsohne dem Beispiele seiner Vorfahren folgen. Gewiß werden die Verhältnisse der Völker und Nationen zu einander nicht ausschließlich durch die Familienbeziehungen bestimmt, aber man darf doch den Werth des Umstandes nicht unterkühlen, daß der junge Nachwuchs der Häuser Hohenzollern, Wittelsbach und Sabsburg durch enge persönliche Freundschaftsbände verknüpft ist.

In der am Montag unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern von Bötticher, abgehaltenen Plenarsitzung nahm der Bundesrath Erlasswahlen für erledigte Stellen bei der auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gebildeten Reichskommission, bei der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds und bei dem Reichs-Bankrottorium vor. Von der Denkschrift, betreffend den Stand der Bauausführungen für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, nahm die Versammlung Kenntniß, ertheilte dem Entwurf eines Gesetzes wegen Einführung der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen und dem Entwurf einer Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten dänischer, schwedischer oder norwegischer Ursprungs die Zustimmung und beschloß, dem Beschluß des Reichstags vom 13. März 1886, nach welchem der Bundesrath ersucht worden ist, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die schließliche Entscheidung der in Zollsachen auftauchenden Rechtsfragen dem Reichswege oder dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren überweist, keine Folge zu geben. Die Vorlagen, betreffend die Vermehrung der Schiedsgerichte der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, sowie wegen Beschränkung der Aufgaben des Statistischen Amtes und der Gesetzentwurf über den Erlaß der Witwen- und Waisengeldbeiträge von Angehörigen der Civilverwaltung, des Reichsheeres und der Marine wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen. Endlich wurde über die Zollbehandlung verschiedener Gegenstände Beschluß gefaßt.

Dem Bundesrathe ist bezüglich der Einreichung von Baugewerbetreibenden in bestehende Berufsvereinigungen folgender Antrag zugegangen:

„Auf Grund des § 1 Absatz 8 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 in Verbindung mit § 12 Absatz 1 des Gesetzes betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen vom 11. Juli 1887 zu bestimmen: 1. daß Arbeiter und Betriebsbeamte, welche von einem Gewerbetreibenden, dessen Gewerbebetrieb sich erstreckt a. auf das Bohren der Fußböden, auf die Anbringung, Abnahme oder Reparatur von Defen und anderen Feuerungsanlagen oder von Tapeten bei Bauten, b. auf die Anbringung, Abnahme oder Reparatur von Wetterrouleaux, Marquisen, Faloufen oder von Ventilatoren bei Bauten, c. auf die Ausführung anderer noch nicht gegen Unfall versicherter Arbeiten bei Bauten, die ihrer Natur nach der Ausführung von Hochbauten näher stehen als der Ausführung von Eisenbahn-, Kanal-, Wege-, Strom-, Deich- und ähnlichen Bauarbeiten, in diesem Gewerbebetriebe beschäftigt werden, vom 1. Januar 1888 ab für versicherungspflichtig zu erklären; 2. daß diese Betriebe aus der auf Grund des Gesetzes vom 11. Juli 1887 gebildeten Tiefbau-Berufsgenossenschaft ausgeschlossen werden; 3. daß die unter Ziffer 1a. aufgeführten Betriebe den örtlich zuständigen Hochbauwerks-Berufsgenossenschaften zugetheilt werden; 4. daß die unter Ziffer 1b. und 1c. aufgeführten Betriebe, soweit sich dieselben lediglich auf das Anbringen oder Abnehmen der Wetterrouleaux u. s. w. bei Bauten erstrecken, den Baugewerbetreibenden-Berufsgenossenschaften, soweit sie sich dagegen auch mit der Herstellung der betreffenden Gegenstände befassen, denjenigen Berufsvereinigungen zugetheilt werden, welchen sie angehören würden, sofern sie mindestens zehn Arbeiter regelmäßig beschäftigen und demgemäß schon nach § 1 Absatz 4 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 versicherungspflichtig sein würden. Mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, den Umfang der Tiefbau-Berufsgenossenschaft bald endgiltig festzustellen, ist die thunlichste Beschleunigung dieser Angelegenheit erwünscht.“

Das neue Fraktionsverzeichnis des Reichstags ergibt folgende Mitgliederzahl der verschiedenen Fraktionen. Die Konservativen zählen 76 Mitglieder und 2 Hospitanten, die Reichspartei 39 Mitglieder, das Zentrum 98 Mitglieder und 3 Hospitanten (Welfen), die Polen 13 Mitglieder, die Nationalliberalen 95 Mitglieder und 3 Hospitanten, die deutschfreisinnige Partei 34, die Sozialdemokraten 11 Mitglieder, 22 Mitglieder, darunter 14 Elsaß-Lothringer, gehören zu keiner Fraktion. Erledigt ist das Mandat von Wirtz-Schubin (2. Bromberg) durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Falkenberg.

Die außerordentliche Plenarversammlung des Deutschen Handelsrats wurde heute Vormittag eröffnet. Nach Begrüßung derselben durch den Kommerzienrath Fremmel namens der Ältesten der Kaufmannschaft ge-

dachte der Vorsitzende Delbrück in den wärmsten Worten des Kaisers und des Kronprinzen und schloß die innigsten Wünsche für die Genuß seiner Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen in das dem Kaiser und dem Kaiserlichen Hause gebrachte Hoch ein. Nach längerer Motivierung durch den Kommerzienrath Frenzel nahm der Handelsrat eine gegen die Erhöhung der Getreidezölle gerichtete Resolution an. Bei der Debatte über die Frage der Ausfuhrscheine empfiehlt der Präsident, da sich die Frage, ob Einfuhr- oder Ausfuhrscheine, nicht entscheiden lassen werde, nur über die Aufhebung des Identitätsnachweises und der Berechtigungsscheine zu berathen, und die Frage, ob Einfuhr- oder Ausfuhrscheine, offen zu lassen, dagegen eine Kommission mit der Ausarbeitung einer Denkschrift zu betrauen, welche die bezüglichen Ansichten objektiv wiedergibt. Es wird beschlossen, dies den einzelnen Handelskammern zu überlassen.

Koblenz, 29. Nov. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Vormittag 9 Uhr nach Berlin abgereist. Wie immer, hielt der Sonderzug auch heute vor der Rheinbrücke an der Rückseite des Schlossgartens, woselbst vor einigen Jahren schon ein besonderes Einsteigehäuschen für die Kaiserin errichtet worden ist. Ihre Majestät legte den Weg durch den Garten und bis an den Waggon zu Fuß zurück.

Stuttgart, 30. Nov. Die Königl. Majestäten sind heute Vormittag 9 Uhr mit dem Königl. Extrazug zum Winteraufenthalt nach Italien abgereist. Die Reise geht diesmal über München und den Brenner, das Ziel derselben ist Florenz, in dessen nächster Nähe für Ihre Majestäten eine Villa mit prachtvoller Umgebung gemiethet worden ist. Im Gefolge des Königs befindet sich Graf Wolsberg, Frhr. v. Böllwarth, Graf Beroldingen, Graf Scheler, der Leibarzt Dr. Jeger, Geh. Hofrath Jackson u. s. w. Die Königin hat die Hofdamen Baronin v. Massenbach und Freifrau v. Böllwarth im Gefolge.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Nov. Das „Freundenblatt“ theilt folgenden Depeschenwechsel mit. Von Krems aus wurde an die deutsche Botschaft in Wien nachstehende Drahtnachricht eingeschickt: Kaiserliche deutsche Botschaft Wien! Tiefbewegten Herzens wurde gestern im Turnvereine Krems Sr. Kaiserl. Hoheit des allgeliebten Deutschen Kronprinzen gedacht und in beredter, ergreifender Weise dem heißen Segenswunsche Ausdruck gegeben, daß Gott in seiner Allmacht die Gesundheit des Helden und Menschen wieder herstellen möge zum Glücke der Kaiserlichen Familie, zum Segen Deutschlands und zur höchsten Freude aller Deutschen auf dem ganzen Erdrunde. Als Antwort lief seitens der deutschen Botschaft in Wien ein Schreiben an den Turnverein ein, worin es unter Anderem heißt: „Wenn es etwas gibt, was geeignet ist, den herben Schmerz über die Erkrankung Sr. Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen und die dadurch über das ganze Deutsche Reich verhängte schwere Prüfung einigermaßen zu lindern, so sind es die zahlreichen, von wahrer Herzlichkeit zeugenden Beweise inniger Theilnahme, welche sich allerorten und insbesondere in der mit Deutschland so eng befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie kundgeben. Euer Wohlgeborenen darf ich ergebenst bitten, auch den übrigen Mitgliedern des Krems' Turnvereins den tiefgefühlten Dank der hiesigen deutschen Vertretung übermitteln zu wollen. Der kaiserl. deutsche Geschäftsträger, Graf Monts.“

Frankreich.

Paris, 29. Nov. Wie es heißt, wird der Präsident in Voraussicht möglicher Zwischenfälle den Kongreß schon auf den Vormittag des Freitag zusammenberufen, damit die Wahlhandlung in einer einzigen Sitzung beendet werden kann. Der neue Präsident der Republik wird, nachdem er gewählt worden ist, eine Botschaft an die Kammer richten, damit diese sich dann auf acht Tage vertage. Während der Zwischenzeit werden die Mitglieder des Kabinetts Rouvier dem neuen Präsidenten zur Bildung eines neuen Kabinetts beifällig sein. Morgen wird das Amtsblatt veröffentlicht, daß die Minister ihr Entlassungsgesuch auf Eruchen Grevy's zurückgenommen haben. Mageau wird vorläufig keinen Nachfolger erhalten, da der Minister des Innern einstweilen auch die Geschäfte des Justizministeriums wahrnehmen wird.

Großbritannien.

London, 29. Nov. Baron Henry Worms erwiderte heute auf die Ansprache einer Deputation, die Thätigkeit der englischen Delegirten bei der Zuckerkonferenz gehe dahin, die Abschaffung des Prämiensystems von den fremden Mächten zu erlangen. Die Regierung würde ihr Möglichstes thun, um einem Systeme, welches die kommerziellen Interessen Englands schmälere, ein Ende zu machen.

Ueber die telegraphisch schon kurz erwähnten Rubensungen in Lima wird vom 28. Novbr. von dort folgendes Nähere berichtet: Die Stadt Lima befand sich gestern und am Sonntag in großer Aufregung. Am Samstag war Dr. John McJannet von New-York angekommen, um anlässlich der Enthüllung eines Kreuzes auf dem Friedhofe zum Andenken an die vor 21 Jahren in Manchester hingerichteten Fenier Allen, Parlin und'Brien, welche wegen Erschießung eines Polizeiergeanten zum Tode verurtheilt worden waren, eine Rede zu halten. Die Kundgebung war indeß mittelst Proklamation des Bizekönigs verboten worden und starke Abtheilungen von Schutzleuten und Militär hielten den Friedhof besetzt, um jeden Versuch zur Abhaltung der Demonstration zu verhindern. Dabei kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Volke und der Polizei, welche von ihrem Knütteln ausgiebigen Gebrauch machte. Nachmittags wollten sich die Demonstranten abermals den Zugang zum Friedhof erzwingen, wurden aber wiederum daran verhindert. Gegen Abend erließ der Bürgermeister eine Kundmachung, worin er die Bevölkerung ermahnte, sich am Sonntag dem Friedhofe fernzuhalten.

Gleichwohl versammelten sich gestern große Menschenmassen in den Straßen und in dem Bemühen der Polizei, dieselben zu zerstreuen, kam es wieder zu heftigen Zusammenstößen. Die Knüttelschläge beantwortete das Volk mit Steinwürfen, wodurch mehrere Konstabler verwundet wurden. Als später der Pöbel die Fenier der Polizeikaserne einschlug, machten die darin stationirten Schutzleute einen Ausfall mit gefülltem Bajonett, infolge dessen viele Personen verwundet wurden. Erst in späterer Nachtstunde gelang es der Polizei, die Straßen zu säubern und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Bulgarien.

Sofia, 29. Nov. Die Sobranje hat die Uebereinkunft über den Betrieb der serbisch-bulgarischen Eisenbahn genehmigt. Der Premierminister Stambuloff hat verschiedenen Gruppen von Deputirten, welche die Einleitung eines Prozesses gegen die früheren Minister (Karaweloff und Genossen) verlangen, in einer privaten Versammlung erklärt, daß er gegen eine solche Maßregel sei und daraus eine Kabinettsfrage machen werde. Den „Times“ zufolge bestehen zwischen Stambuloff und Stoiloff Meinungsverschiedenheiten, welche wahrscheinlich den Rücktritt des Letzteren und des Herrn Raschewitsch zur Folge haben werden. Stambuloff selbst scheint sich für so unentbehrlich zu halten, daß er die russisch gestimmte Partei immer fühner provoziert. Er lud dieser Tage mehrere Abordnungen von Geistlichen zu sich und ersuchte dieselben, bei den Kirchengedebten fortan den Namen des Zaren wegzulassen. Die Abordnungen erklärten indeß, dies nicht thun zu können, weil eine Aenderung des Gebets nur dem Erzhagen in Uebereinstimmung mit der Heiligen Synode gestattet sei.

Ueber die bulgarischen Wehrverhältnisse veröffentlicht die „Pol. Kor.“ die nachfolgende, aus sachmännischer Quelle stammende Darstellung: „An Infanterie bestehen acht nordbulgarische und vier südbulgarische Regimenter zu vier Bataillonen; jedes der acht nordbulgarischen hat im Kriege zwei Reservebataillone aufzustellen. Brigadecommandos sind in Sofia, Widin, Ruschuk, Schumla, Philippopol und Sionio stationirt. Die Kavallerie umfasst eine Gardebataillon und drei Regimenter zu vier Eskadronen in Sofia, Schumla und Philippopol. Die Aufstellung eines vierten Regiments in Sionio ist beabsichtigt. Die Artillerie zählt drei Regimenter mit je sechs Batterien zu acht Geschützen in Sofia, Schumla und Philippopol. In technischen Truppen besteht ein Pionierregiment in Ruschuk und seit 1883 eine Feldtelegraphenabtheilung. Der Friedensstand beträgt etwa 25,000, der Kriegszustand ungefähr 60,000 Mann, 1500 Reiter und 168 Geschütze. Hierzu kommt die Landwehr (Militien), über deren Stärke verlässliche Angaben fehlen und die rund mit 50,000 bis 60,000 veranschlagt werden kann. Als wichtigste und dringendste Aufgabe der bulgarischen Kriegsverwaltung wird bezeichnet, daß auf die Konsolidirung der Verhältnisse hingewirkt und ein intelligentes, verlässliches und von patriotischem Geiste befehltes Offizierscorps herangezogen werde, wozu die Elemente vorhanden sind. Dem Mangel in dieser Richtung laufe sich nur allmählich abhelfen, aber die Mittel müssen sofort ergreifen und konsequent durchgeführt werden.“

Amerika.

Chicago, 29. Nov. Die Anarchisten erließen an die Arbeiter ein Zirkular, worin sie gegen die jüngsten Hinrichtungen protestirten.

Zeitungsstimmen.

Das „Leipziger Tageblatt“ stellt in einer Besprechung der **Thronrede** allgemeine Betrachtungen an und gelangt dabei zu folgendem Resultat: „Die Politik des Fürsten Bismarck ist seit langer Zeit darauf gerichtet gewesen, alle Gelegenheitswörter, welche dem Reichstag vorgelegt werden, vom Standpunkte der Gesamtwohlthat aus ins Leben zu rufen. Das dadurch Dieser und Jener in seinen persönlichen Interessen Schaden leidet, ist unvermeidlich, dieser Schaden wird aber auf anderem Wege wieder eingebracht. Die Gesamtlage ist heute nach zwei Hauptrichtungen zu beurtheilen, nach der Wahrscheinlichkeit und möglichen Sicherheit, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten, und nach der zweckmäßigsten Form, die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie zu befriedigen. Diesen beiden Hauptrichtungen müssen alle Partei- und persönlichen Interessen untergeordnet werden. Das dabei verschiedene Auffassungen möglich und berechtigt sind, daß es noch nicht ausgemacht ist, ob das direkte oder indirekte Steuersystem das bessere, die Reichslands- oder Schutzollpolitik die vorzüglichere ist, wird ohne Weiteres augenstand. Aber das muß auch dem verheißenen Parteipolitiker einleuchten, daß wir zu keinem praktischen Ergebnis kommen, wenn wir fort und fort bloß uns über die Grundlagen berathen, auf welchen die Staatsverwaltung aufgebaut werden soll. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Und die Früchte, welche die deutsche Politik nach außen und im Innern hervorgebracht hat, sind gewiß der Art, daß wir uns ihrer nicht zu schämen brauchen. Deutschland wird in der ganzen civilisirten Welt als die erste Großmacht angesehen, unsere Bekehrung und unser Kredit genießen die höchste Achtung in der Welt, damit können wir uns zufriedengestellt erklären. Und wenn es dereinst die friedliche Gestaltung Europa's zuläßt, dann werden wir wohl auch wieder einmal in die Lage kommen, über die zweckmäßigsten Grundzüge der Steuer- und Wirtschaftspolitik zu beraten. Deute haben wir dazu keine Zeit.“

Zu der **Präsidentenwahl im Reichstage** schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“: „Die konservativ-nationalliberale Mehrheit, welche das erfreuliche Kennzeichen der gegenwärtigen Legislaturperiode bildet, hat damit an der Spitze des Reichstages wieder ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden. Bei einer der wichtigsten Entscheidungen der gegenwärtigen Session, der Getreidezollfrage, wird diese Mehrheit freilich auseinanderfallen und die Erhöhung wird nur mit Hilfe des Zentrums bewilligt werden, wenn sie überhaupt bewilligt wird. Das die agrarischen Bestrebungen im Zentrum mehr Anhang haben als bei den Nationalliberalen, ist eine Thatsache, die seit langer Zeit hervorgerufen ist und auch jetzt wieder zum Ausdruck kommen wird. Aber diese vereinzelte wirtschaftliche Erscheinung kann die politische Gesamtsituation nicht ändern. Es gibt außer den wirtschaftlichen Interessenfragen noch zu viele andere bedeutungsvolle und entscheidende Anliegen, bei denen die konservativ-nationalliberale Mehrheit in Wirksamkeit treten wird. Als es sich im verflochtenen Winter in einer der größten Krisen um die militärische und finanzielle Befestigung des Reiches handelte, da beruhte die Rettung allein auf dem Zustandekommen einer zuverlässigen nationalgesetzlichen Majorität. Auf sie läßt sich auch fernhin das Vertrauen auf einen erspriesslichen Fortgang der deutschen Reichspolitik.“

Die „P. o. i.“ schließt einen Artikel über die **Erhöhung der Getreidezölle** folgendermaßen: „Wie immer auch die Entscheidung ausfallen mag, so liegt deren Beschleunigung schon bei der Vorlage verbundenen Sperre wegen im dringenden Interesse aller Beteiligten, der Verkehrs- wie der Produktionsinteressenten. Diese Maßregel selbst erleidet in der Presse eine lebhafteste Anfechtung, aber mit Unrecht. Wenn die Nothlage der Landwirtschaft für so schwer erachtet wird, daß zu einer an sich von jedem Standpunkte so unerwünschten Maßnahme, wie der Verdoppelung der Kornzölle, gegriffen werden muß, so ist es geradezu die Pflicht des Gesetzgebers, selbst auf die Gefahr einiger Härten hin, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Wirkung der Zollerhöhung nicht durch spekulative Einfuhr das Bedürfnis weit übersteigender Massen fremden Getreides verhindert wird. Jetzt aber wird, nachdem seit sieben Monaten die Einbringung einer Getreidezollvorlage angekündigt war und nachdem Jedermann sich an den Fingern abzählen konnte, daß dieselbe in Verbindung mit einem Svergesetze dem Reichstage unmittelbar nach der Eröffnung zugehen würde, kaum ein Billigkeitsanspruch seitens derjenigen Importeure anzuerkennen sein, deren Vorräthe am 20. d. M. noch nicht die Zollgrenze überschritten hatten, oder in zollfreien Lägern sich befanden. Sie haben ein bei einiger Vorsicht unbedingtes bei dem Kallfall in Rechnung zu stellendes Moment unbeachtet gelassen und werden die Folgen dieses Mangels an Vorsicht um so mehr tragen müssen, als er der Absicht entsprang, größeren Gewinn zu erzielen. In der vorgeseheneu Nachsteuer liegt also in Wahrheit unter den obwaltenden Umständen keine große Unbilligkeit, sie ist aber eine unbedingte Nothwendigkeit, wenn anders die erhöhten Getreidezölle ihre Wirkung nicht verfehlen sollen. Wenn man daran noch zweifeln sollte, so würde die heftige Anfechtung der Maßregel durch die von der Baifspeculation bediente Presse jeden Zweifel befeitigen müssen.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ beschäftigt sich mit **Termin- und Differenzgeschäften** und bemerkt: „Die Klagen über schwere Nachtheile, welche das nur mit fingirten Getreidemengen an der Börse operirende Differenzgeschäft dadurch mit sich bringt, daß es zu einer falschen Preisbildung für die dem Markte wirklich zugeführten Waarenmengen durch eben seine Zettel-Getreidemengen führt, sind nicht neu. Es hat sich bisher in der volkswirtschaftlichen Literatur kein Vertheidiger für den in solcher Form auftretenden Mißbrauch des legalen Termingeschäfts gefunden. Im Gegentheil gibt es nur Stimmen, welche das Unmoralische und Schädliche derselben mehr oder weniger scharf, so lange es besteht, getadelt haben. Wenn kürzlich, als ein Mittel gegen dasselbe, die Behandlung der Differenzgeschäfte als Spielgeschäfte, also als nicht einlagbare Forderungen hervorgehoben wurden, so mag hierbei das eine Selbstvermerk werden: fast alle großen Handelsstätten behandeln die Differenzgeschäfte in diesem Sinne schon gegenwärtig durch das Gesetz. Selbst in England, dem wir die Idee des Freihandels und das ganze Mandatesystem verdanken, der Heimath des wirtschaftlichen Eigenmuthsprinzips, sind bis auf den heutigen Tag alle Forderungen im Geschäft auf Zeit unlagbar. Italien, Holland und Frankreich stehen auf demselben Standpunkt. Das Differenzspiel an den deutschen Börsen ist noch jung. Es reicht nicht über dieses Jahrhundert hinaus. Wenn dasselbe aber dennoch allein an der Berliner Getreidebörse einen solchen Umfang erreicht hat, daß hier das Zettel-Getreide alljährlich schon ungezählte Millionen Zentner die Gießtinsengänge an Korn übertritt, so muß das in der That zum Nachdenken anregen und ein Gegenstand erster Ueberlegung auch weiterer Kreise werden.“

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 30. Nov. 6. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Ersten Vizepräsidenten Friederich.

Am Regierungstisch: Anfangs Staatsminister Dr. Turban, dann zeitweise die Ministerialräthe Seubert, Dr. v. Jagemann und Buchenberger.

Der Präsident gibt bekannt, daß der Abg. Roder dringender Geschäfte halber um einen achtstägigen Urlaub nachgesucht hat; derselbe wird seitens der Kammer bewilligt. Weiter macht der Präsident von einer Zuschrift des Präsidenten des Großh. Ministeriums des Innern Mittheilung, womit eine Anzahl Abtritte der bildlichen Darstellung über den Verkehr auf den Landstraßen des Großherzogthums im Jahre 1886 zur Vertheilung an die Mitglieder des Hauses schon überandt werden; ferner von einem Schreiben des Vorstandes der Gesellschaft „Lieberhalle“ dahier, wonach die Mitglieder der Kammer zum Besuche des am Freitag den 2. Dezember d. J. stattfindenden Stiftungsfestes genannten Vereins eingeladen sind.

Der Präsident gibt schließlich Kenntniß von einer Mittheilung des Präsidiums der Ersten Kammer, inhaltlich deren die letzte genannte in ihrer gestrigen Sitzung dem von der Zweiten Kammer bezüglich des Gesekentwurfs, die Steuererhebung in den Monaten Dezember 1887, Januar und Februar 1888 betr., gefaßten Beschlusse ihre Zustimmung erteilt hat.

Das Sekretariat gibt den Einlauf folgender Petitionen bekannt:

1. Vorstellung des Vorstandes des Verbands unterbadischer Kreditgenossenschaften namens 35 dem Verbands angehöriger Vorshub- und Kreditvereine, Abänderung der Einkommen- und Gewerbesteuererhebung betr.

2. Bitte der Weichenwälder des Großh. Staats-Eisenbahnverwaltung zu Karlsruhe, Durlach und Freiburg um gesehliche Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse nach Klassen.

3. Bitte der Gemeinderäthe Seppenhofen, Dittishausen, Göschweiler, Röhrenbach, Fallau, Sumpfhofen, Bachheim, die Fortsetzung der Hölenthalbahn betr.

4. Bitte des Gemeinderaths Ettenheim, übergeben von dem Abg. Leipzig, die Erbauung einer Schmalspurbahn mit Dampfbetrieb vom Rhein über Orschweier-Ettenheim nach Ettenheimmünster betr.

5. Bitte einer Anzahl Gemeinden des Wiesenthal, nämlich Weil, Stetten, Lörrach, Thurningen, Dagen, Hauingen, Brombach, Steinen, Hölstein, Hüfingen, die Benützung des Wassers des Wiesflusses, hier die Beschränkung des Wasserrechts in den Zeiten der Wasserflut zu Gunsten der Wassergewerbe in Klein-Basel betr.; übergeben von dem Abg. Dreher.

Die Petitionen sub 1 und 5 werden der Petitionskommission, diejenigen sub 3 und 4 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen zugewiesen, während die Petition sub 2 der für das in Aussicht stehende Dienergegesetz zu bildenden Kommission vorbehalten wird.

Staatsminister Dr. Turban übergibt demnächst zwei auf die Gemeindebesteuerung bezügliche Gesetzentwürfe:

1. Die Befreiung der Militärverwaltung von den Verbrauchssteuern der Gemeinden betr.,

2. die Heranziehung der Militärpersonen zu den Gemeindeabgaben betr.,

bezüglich des letzteren Gesetzentwurfs beifügend, daß dieser Gegenstand schon den letzten ordentlichen Landtag beschäftigt habe und damals die Regierung zu dessen einstweiliger Regelung auf dem Verordnungswege ermächtigt worden sei; nunmehr solle die Materie gesetzlich geregelt werden. Ueber die weitere Behandlung dieser Gesetzentwürfe wird in einer der nächsten Sitzungen Beschluß gefaßt werden.

Nunmehr wurden namens der Budgetkommission die auf die heutige Tagesordnung angelegten Berichte über die Rechnungsnachweisungen für 1884 und 1885 erstattet, und zwar zunächst bezüglich des Großh. Staatsministeriums vom Abg. Gönnert. Zu dem Ausgabebetitel VI, Matrimonialbeitrag zur Reichskasse, sowie den Einnahmetiteln I, Antheil am Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, gemäß § 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879, und II Antheil an der Reichsstempelabgabe gab der Berichterstatter dem Wunsche der Kommission Ausdruck, es möchte die Regierung künftighin nicht mehr allein das Resultat der aus unseren Beziehungen zur Reichskasse folgenden Rechnungsergebnisse, sondern auch den Weg, auf welchem man zu diesem Resultate gelange, zur Darstellung bringen. Diesem Wunsche, welcher nicht etwa aus einem Bedürfnisse nach einer Kontrolle, sondern aus einem Interesse für allgemein wissenschaftliche Verhältnisse hervorgehe, könne etwa entsprochen werden, indem den vorgenannten Titeln ein besonderes Beilagenheft mit einer bezüglichen Darstellung angefügt werde. Im Uebrigen wurden sämtliche Titel dieses Ministeriums, ohne zu besonderen Bemerkungen Veranlassung zu geben, nach dem Antrage der Budgetkommission durch Beschluß des Hauses für unbeanstandet erklärt.

Ebenso wurden auf Antrag für unbeanstandet erklärt: die Rechnungsnachweisungen Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts bezüglich der Ausgabebetitel I Ministerium, II Oberlandesgericht, III Landgericht, IV Staatsanwaltschaft, V Amtsgerichte, VI Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege, im ordentlichen und außerordentlichen Etat, XI Verschuldung und zufällige Ausgaben und XI a. Allgem. Remunerationsfond, sowie des Einnahmetitels I Justizverwaltung im ordentlichen und außerordentlichen Etat — auf Vortrag des Abg. Frech; zu Titel XI wurde dem Wunsche der Kommission Ausdruck gegeben, daß bei dem stetigen Anwachsen der in diesem Titel enthaltenen Anforderung künftigen Ueberschreitungen thunlichst möge vorgebeugt werden.

Die Rechnungsnachweisungen Großh. Ministeriums des Innern bezüglich der Ausgabebetitel I Ministerium, II Landeskommissäre, III Verwaltungsgerichtshof, IV Verwaltungshof, V Generallandesarchiv, VI Oberrechnungsamt, VII Rheinischschiffahrtsbehörden, VIII Bezirksverwaltung und Polizei, IX Allgemeine Sicherheitspolizei, XVIII Porto, Fracht und Telegraphenposten, XIX Verschuldung und zufällige Ausgaben und XIX a. Allgemeiner Remunerationsfond — im ordentlichen und außerordentlichen Etat, sowie bezüglich des Einnahmetitels V Bezirksverwaltung und Polizei — auf Vortrag des Abg. Wildens; bezüglich der Ausgabebetitel X Milde Fonds und Armenanstalten, XI Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim, XII Heil- und Pflegeanstalt Zillenau und XIII Polizeiliches Arbeitshaus — im ordentlichen und außerordentlichen Etat, sowie bezüglich der den Ausgabebetiteln XI, XII und XIII entsprechenden Einnahmetitel II, III und IV — auf Vortrag des Abg. Flügel.

Hierauf erfolgte um 12 Uhr der Schluß der Sitzung.

* Karlsruhe, 30. Nov. 7. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 1. Dezember, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung der auf die Thronrede Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs zu erlassenden Adresse.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 30. November.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog theilte heute Vormittag dem Geheimrath Lamey, Präsident der zweiten Kammer der Landstände, eine Privataudienz und empfing dann von 11 Uhr an die nachbenannten Personen: den Geheimrath C. v. Seyfried von hier, den Kommerzienrath Sander von Lahr, den Oberst a. D. von Giese, den Geheimrath Dr. Siegel, den Oberkirchenrath Bujard, den Sekretär Ganz, den Oberjustizrath Dr. Stark, den Kunsthochschule-Professor Schönleber, den Sekretär Clevenz, den Registrator Birsch und den Registrator Weimar von hier, den Dr. Ferd. Köpfer von Mannheim, den Obersteuerkommissär Tröndle von Bruchsal, den Hofrath Professor Dr. von Amira von Freiburg, den Farrer Gräbener und Bürgermeister Baumann von Leutkirch, den Konsul der Vereinigten Staaten Stiegler von Mexiko, den Hofphotographen Grimm von Ofenburg, den Bezirksarzt Behle von Eppingen und den Leibkutscher a. D. Stober von hier. Außerdem nahm der Großherzog die Melbung des Obersten von Eigner, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 17, entgegen.

Nachmittags empfing Seine Königl. Hoheit den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths Geheim-

rath von Stöffer zur Vortragserstattung und hörte dann den Vortrag des Legationssekretärs Freiherrn von Babo.

* Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“ Nr. 33 vom 30. Nov. enthält ein Gesetz: die Steuererhebung in den Monaten Dezember 1887 und Januar und Februar 1888 betreffend.

Bruchsal, 29. Nov. (Ernte- und Marktbericht.) Der jetzt endgültig festgestellte Erntebericht für unseren Bezirk weist kein sonderlich erfreuliches Bild auf. Der Ertrag des Weizens konnte an Körnern wie an Stroh als wenig über Durchschnitt bezeichnet werden; das gleiche Ergebnis hatte die Spelz-ernte. Roggen gab an Körnern und Stroh wenig unter Durchschnitt aus; die Körnerernte der Gerste war Durchschnitt, milder das Gerstestroh. Hafer war an Körnern wie an Stroh ziemlich schlecht. Nur der Kartoffelertrag kann wenigstens so weit das Hügelland in Frage kommt, als gut an Menge und Güte bezeichnet werden; im Sand waren die Knollen kleiner und milder gut. Die Futterernte war ziemlich schlecht: Alee unter Durchschnitt, ebenso Spargel und Kunkelrüben, Stoppelfrühen ganz schlecht; sie sind infolge der großen Dürre vielfach gar nicht aufgegangen; der Ertrag an Luzerne erreichte wenigstens den Durchschnitt. Von den Handelsgewächsen gab Keps, der übrigens fast nur zum Selbstverbrauch gebaut wird, ziemlich guten Ertrag; die Hanfernte war gut, Tabak wenig unter Durchschnitt, dagegen Hopfen ziemlich schlecht und Cichorien ganz schlecht. Auch der Ertrag an Juckerbüben war der Menge nach ziemlich schlecht; sie haben aber einen guten Juckergehalt. Vom Wiesenertrag war das Heu gut, das Stroh aber geradezu schlecht. Auch Wein gab es nur ganz wenig und von ziemlich schlechter Qualität. Der Rirschen- und Apfeleltertrag war fast gleich null, etwas besser der Ertrag an Birnen, dagegen gab die Pfäunern ziemlich gut aus. Die Zwetschgenernte muß als schlecht bezeichnet werden; die Äpfelreife erreichte den Durchschnitt. Von Markt- und Lebensmittelpreisen der letzten Woche sind zu erwähnen: Weizen der Zentner 9 M. 40 Pf., geschälter Spelz 9 M., Roggen 7 M. und Gerste 7 M. 60 Pf.; Daber kostete der Zentner 6 M., Weizen 7 M. 25 Pf., Weizen 6 M. 75 Pf., Roggenstroh wurde der Zentner zu 2 M. 50 Pf., Spelzstroh zu 2 M. 45 Pf., Heu zu 3 M. 55 Pf. bis 3 M. 65 Pf. verkauft. Kartoffeln kostete das Sester (20 Liter) 80 Pf., Weizenmehl das Pfund 22 Pf., Roggenmehl das Pfund 16 Pf., Schwarzmehl das Pfund 14 Pf., Ochsenfleisch das Pfund 60 Pf., Rindfleisch 50 Pf., Kalbfleisch 60 Pf., Hammelfleisch 60 Pf., frisches Schweinefleisch 60 Pf., geräucherter 80 Pf., Schweinefleisch 80 Pf., Butter eine Mark. Eier wurden durchschnittlich je 2 Stück zu 15 Pf. verkauft.

Theater und Kunst.

* -k. Karlsruhe, 29. Nov. (Großh. Hoftheater.) In rascher Folge hörten wir Gounod's Hauptwerke „Margarethe“ und „Romeo und Julie“. Wenn man bei einer Vergleichung der beiden Opern geneigt ist, der ersteren in Bezug auf Ursprünglichkeit und Frische der Erfindung, Reichhaltigkeit des Kolorits und der Stimmung den Vorrang zuzuerkennen, so darf man nicht vergessen, daß der Stoff von Shakespeare's unvergleichlicher Liebestragödie schon an und für sich einen großen Reiz gegenständlicher Momente nicht aufweist. Es ist gleichsam nur ein Wort, das in den Hauptscenen von „Romeo und Julie“ nach seiner ganzen, himmelhochjauchende Freude und herzbrechenden Schmerz unspannenden Empfindungsstala wiederholt und immer wiederholt wird, und dieses ein Wort heißt: Liebe. Gerade das Liebesheld und die Liebesheldin des wie ein Lichtstrahl in den finsternen Kreis der feindlichen Montague's und Capulet's tretenden Paares hat aber der Dichters mit dem vollen Zauber einer obr- und herzberührenden, stimmungs- und empfindungsreichen Musik umwoben.

Die weiblichen Hauptgestalten beider Opern finden durch Frau Reu's ihre Vertretung. Davon sagt der Sängerin das Gretchen ohne Frage besser zu, als die Julie. In einigen Momenten der Margarethe — wir verweisen nur auf die Gartenzene — versteht sie den Reiz eines voll und warm hervorquellenden Tones mit unmittelbarer Empfindung zu vereinen. Selbst die Ausrufung naiver Freude über den kostbaren Tand des Schmuckkästchens gelingt ihr besser, als das froh bewegte Entrée und die einschmeichelnde Walzerarie der Julie, denen entsprechende Leichtigkeit und Freiheit der Tongebung, zumal der hohen Lage, Grazie und Heinheit des Vortrags abgehen. Auch den Liebesheld versteht sie wohl nicht ganz den faust und doch glutholl auf- und abwogenden Athemzug seiner Schwärmerie und harter Schreie zu verstehen, der Gounod's Musik eigen ist. Eindringlichere, beseltere und positiverere Steigerungen und Accente scheinen uns ungedacht der dufthigen Grundstimmung in der Ballonzene geboten zu sein. Daß die Julie der über so schöne natürliche Gaben verfügenden Sängerin auch treffliche Momente von warmer Innerlichkeit und dramatischer Lebendigkeit aufweist — was insbesondere vom 4. Akt gelten dürfte — soll gleichfalls mit voller Anerkennung betont werden. Herr Rosenberger errang trotz gedrückter und hinausgeschraubter Höhe die Sympathie der Zuhörer durch sein lebendiges, feuriges Empfinden. Weitere hervorragende Gestalten sind der Lorenzo des Herrn Speigler, der Capulet des Herrn Plank, der Page der Frau Parlacher. Herr Paufer (Bercutio) schien diesen Abend nicht gut bei Stimme zu sein. Die von Alters her gepohnte Befestigung einiger Nebenrollen ist kaum mehr zulässig.

Stuttgart, 28. Nov. (Im Königl. Hoftheater) kamen gestern erstmals Wagner's „Meistersinger“ zur Aufführung. Die Oper ist unter dem neuen Musikdirektor Dr. Klenckel vorzüglich einstudirt worden, die Proben dazu dauerten seit Monaten. Der Erfolg war in der That ein großartiger, die gelungene Leistung der Hofbühne stand auf einer solchen Höhe, daß der König, welcher der ganzen Aufführung anwohnte, dem Intendanten, dem Dirigenten und allen Mitwirkenden seinen ganz besonderen Dank dafür ausgesprochen hat, eine Art der Anerkennung, die um so höher anzuschlagen ist, da sie bisher nur in ganz seltenen Fällen vorkam.

Verschiedenes.

W. Berlin, 29. Nov. (Prof. W. M. M. M.) lehnte den ihm anlässlich seines bevorstehenden siebzigsten Geburtstages von der Studentenschaft zugehenden Festkommers ab. Der Studentenausschuß wird in Folge dessen eine Glückwunschadresse überreichen.

W. Berlin, 29. Nov. Oberdirektor Ferdinand v. Strauß erhielt der „Nord. Allg. Zig.“ zufolge heute ein Reskript des Königl. Hausministeriums, wonach er vom 1. Januar 1888 ohne Pension entlassen ist.

München, 28. Nov. (Gemeindevahlen.) Aus Nürnberg wird berichtet, daß bei der heutigen Gemeindevahl die

freisinnig-nationalliberale Liste glänzend über die sozialistische siegte. Auch in Fürth siegte die freisinnig-nationalliberale Liste bei der Gemeindevahl über die sozialistisch-volksparteiliche (mit etwa 400 Stimmen Mehrheit).

W. München, 29. Nov. (Der dritte Bürgermeister.) Die oberbayerische Kreisregierung hat die von liberaler Seite erhobene Beschwerde gegen die Anstellung eines dritten Bürgermeisters abgewiesen.

München, 30. Nov. (Dr. Jerusalem), der bekannte, wegen großartiger Defraudationen aus Leipzig flüchtig gegangene ehemalige Direktor der Leipziger Diskontogesellschaft, hat sich heute Abend zwischen 6 und 7 Uhr im „Rheinischen Hof“ dahier erschossen. Jerusalem weilte seit gestern unter Verleumdung in München. Der Grund des Selbstmordes ist wohl darin zu suchen, daß die Polizei dem flüchtigen Verbrecher auf der Spur war und daß seine Verhaftung bevorstand.

W. Wien, 30. Nov. (Tel. (Grubenunglück.) Nachrichten der „Neuen Presse“ aus Teplitz zufolge steht der Kesselschicht unter Wasser. Im Fortschrittswache wird der Eintritt des Wassers heute erwartet. Der Quellspiegel des Teplitzer Stadtbrades ist um 4 Centimeter gesunken.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 30. Nov. Im Reichstag wurde heute die Staatsberathung fortgesetzt. Graf v. Behr führte aus, die Frage der Korzollerhöhung könne ganz sachlich ohne Rücksicht auf die verschiedenen Parteistellungen behandelt werden. Zu einer gesunden Finanzpolitik gehöre die endliche Amortisation der Reichsschuld, jedoch sei es eine patriotische Pflicht, die Schwächung des Reiches und seiner Wehrkraft zu verhindern.

Bebel erklärte, der Etat sei lediglich ein Militäretat. Die Thronrede stelle die Sache so dar, als ob Deutschland die reinste und tugendhafteste Nation sei. Das sei Deutsches. (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) (Beifall.) Die indirekten Steuern belasteten am härtesten die arbeitenden Klassen; er empfehle das Steuersystem Sachsens, wo die indirekten Steuern nicht über 3 Prozent des reinen Einkommens betrügen. Von der Getreidezollerhöhung würden lediglich die Aristokratie und die großen Bankiers Nutzen ziehen. Durch die Invaliden- und Altersversorgung werde den Arbeitern auf der einen Seite etwas gegeben, was ihnen auf der anderen wieder genommen werde.

Windthorst spricht für Aufhebung der indirekten Steuern und empfiehlt im Allgemeinen größere Sparsamkeit, doch dürfe für die Vorbedingung einer guten Kriegführung kein Geld gespart werden. Redner büßwortet die Aufhebung des Sozialistengesetzes, welches die sozialdemokratische Partei nur gestärkt habe. — Eine Reihe von Propositionen werden an die Budgetkommission verwiesen. Der Rest der Tagesordnung wird debattelos erledigt. Morgen Getreidezölle.

London, 30. Nov. Lord Hartington und der Schatzkanzler Giffen sprachen gestern Abend in einer großen Versammlung liberaler Unionisten in Dublin. Die beiden Redner betonten die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der Union und bekämpften die Meinung, als ob die Home-Ruler den Willen des irischen Volkes ausdrückten. — Der Parlamentsdeputirte Sheehy wurde wegen einer jüngst gehaltenen aufrührerischen Rede heute früh unweit Limerick verhaftet.

Athen, 30. Nov. Die Deputirtenkammer nahm mit 75 gegen 52 Stimmen ein Vertrauensvotum für die Regierung an.

New-York, 30. Nov. Most wurde schuldig gesprochen. Das Urtheil wird Montag verkündigt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 1. Dez. 133. Ab.-Vorst. „Elisabeth Charlotte“, Schauspiel in 5 Akten von Paul Heyse. Anfang 6 1/2 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. Fruch. in mm	Relative Fruch. in %	Wind.	Witterung.
29. Nachts 9 U.	748.0	+ 6.8	6.3	85	SW	bedekt
30. Morgs. 7 U. 1)	747.5	+ 5.6	6.6	97	SW	"
30. Mitts. 2 U. 2)	748.2	+ 6.3	6.4	90	SW	"

1) Regen. Regen = 3.4 mm der letzten 24 Stunden. 2) Regen. Wasserstand des Rheins. Wagan, 30. Nov., Morgs. 2.90 m.

Uebersicht der Witterung. Ein gestern über dem Kanal liegendes, engbegrenzt Minimum ist schnell ostwärts bis zur südlichen Küste fortgeschritten; eine neue Depression naht im Nordwesten Europas heran, während das Maximum des Luftdrucks im Südosten Rußlands liegt. Ueber Centraleuropa ist, bei im Allgemeinen etwas höherer Temperatur, das Wetter veränderlich und die Luftbewegung meist schwach, nur an der deutschen Küste wehen stellenweise frische westliche Winde. An der westdeutschen Küste fanden gestern erhebliche Niederschläge statt, sonst fielen in Deutschland nur vereinzelte geringe Regenmengen. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 30. November 1887.

Staatspapiere.	Schaffhausen.	Berlin.
4 1/2 Deutsche Reichsanleihe	106.85	1177 1/2
4 1/2 Preuss. Konj. 106.45	106.45	106.45
4 1/2 Baden in H. 102.55	102.55	102.55
4 1/2 Württemberg 104.45	104.45	104.45
Chefferr. Goldrente 30.60	30.60	30.60
Silberrente 66.40	66.40	66.40
1877er Ruffen 95.90	95.90	95.90
1880er " 78.80	78.80	78.80
II. Orientanleihe 52.80	52.80	52.80
Italien. Compant 95.90	95.90	95.90
Spanier 66.80	66.80	66.80
5 1/2 Serben 77.70	77.70	77.70
Banken.		
Disconto-Kommand. 189.40	189.40	189.40
Börsen-Pantheon 151.	151.	151.
Parmländer Bank 136.60	136.60	136.60
7 1/2 Serb. Hypoth. 78.80	78.80	78.80
Banknoten.		
Deutsche Reichsbank 100.	100.	100.
Preuss. Banknoten 100.	100.	100.
Baden. Banknoten 100.	100.	100.
Württemberg. Banknoten 100.	100.	100.
Frankfurt. Banknoten 100.	100.	100.
London. Banknoten 100.	100.	100.
Paris. Banknoten 100.	100.	100.
Brüssel. Banknoten 100.	100.	100.
Amsterdam. Banknoten 100.	100.	100.
Genève. Banknoten 100.	100.	100.
Lyon. Banknoten 100.	100.	100.
Moskau. Banknoten 100.	100.	100.
St. Petersburg. Banknoten 100.	100.	100.
Warschau. Banknoten 100.	100.	100.
Wien. Banknoten 100.	100.	100.
Zürich. Banknoten 100.	100.	100.

